III. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Erscheint wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 2875

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH“

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 120 | 3. Dezember 1920 | כ"ב כסלו תרפ"א | Einzelnummer 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Lord Robert Cecil zur Frage der Aufnahme der Juden in den Völkerbund.

Der ehemalige Staatssekretär im englischen Ministerium des Aeussern, Lord Robert Cecil, der allgemein als der kommende Mann Englands bezeichnet wird und der durch sein hingebungsvolles Einsetzen für den Völkerbund bekannt ist, nimmt jetzt als Delegierter Südafrikas an der Völkerbunds-Versammlung in Genf hervorragenden Anteil. Cecil, dessen warmes Eintreten für den Zionismus allgemein bekannt ist — ist er doch Präsident des englischen parlamentarischen Komitees zur Unterstützung der zionistischen Forderungen — bringt aber auch allen anderen jüd. Forderungen regstes Interesse entgegen.

Trotz seiner, infolge der Flut dringlicher Geschäfte in Genf, so kostbaren Zeit, hatte Lord Cecil die grosse Liebenswürdigkeit, der Genfer R.-E.-F.-Korrespondentin der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ eine kurze Unterredung zu gewähren. Unsere Korrespondentin wandte sich an Lord Cecil in seiner Eigenschaft als Obmann der Kommission für die Aufnahme von weiteren Nationen in den Völkerbund, als welcher er bekanntlich eine grossherzige Auffassung bekundet und beschränkte sich daher nur auf die Frage der eventuellen Aufnahme der Juden in den Völkerbund. Sie wies in ihren Ausführungen unter anderem darauf hin, dass nun, nachdem die Judenheit Palästinas sich im Nationalkomitee organisiert hat, welches deren Vertretung nach innen und aussen bildet, es wohl an der Zeit wäre, an die Aufnahme der Juden in den Völkerbund zu denken.

Lord Cecil gab darauf die kurze, vielsagende Antwort: „Aber die Juden Palästinas haben ja noch gar nicht um eine Aufnahme angesucht.“ Auf die weitere Frage, ob sich aus der geschilderten Sachlage irgendwelche Schwierigkeiten für die Aufnahme der Juden in den Völkerbund ergeben würden, erklärte Cecil ausweichend: „Das kann man nur von Fall zu Fall beurteilen. Wir können uns nur mit den uns bereits vorliegenden Aufnahmegesuchen befassen.“

Sokolow und Motzkin in Genf.

Paris, 28. Nov. - J. - In den allernächsten Tagen werden sich im Auftrag des Komitees der Jüd. Delegationen Sokolow und Generalsekretär Motzkin nach Genf begeben, um dort anlässlich der Tagung des Völkerbundes mit den dort weilenden führenden politischen Persönlichkeiten in Verbindung zu treten. Auch Lucien Wolf begab sich im Auftrage des engl. Joint Foreign Committee nach Genf.

Bericht über die Tätigkeit des Komitees der Jüd. Delegationen von September bis Oktober 1920.

Dem Berichte des Komitees der Jüd. Delegationen über seine Tätigkeit während der letzten Zeit entnehmen wir im Auszuge folgendes: Vor 2 Monaten war die Tätigkeit des K. d. J. D. hauptsächlich durch die Welthilfskonferenz absorbiert. Es gelang eine Welthilfszentrale zu schaffen, der allerdings noch nicht alle grossen Organisationen, die sich mit Hilfsarbeit befassen, beigetreten sind. Es ist jedoch zu hoffen, dass sie bei Beginn einer ausgedehnteren Tätigkeit seitens der neuen Zentrale ihre Mitwirkung nicht versagen werden. Aber die Not des jüd. Volkes bedarf in noch grösserem Masse des politischen Eingreifens und vor allem der systematischen Wahrung und Sicherung der jüd. Rechte und ihrer Regelung und gesetzlichen Festlegung dort, wo dies noch nicht geschehen ist. Die allgemeine Lage des jüd. Volkes in Ost- und Mitteleuropa ist so schlimm wie nie zuvor. Aber selbst aus Ländern wo es den Juden verhältnismässig besser geht, wie in Rumänien, Tschecho-Slovakei, Oesterreich, Jugoslavien, Deutschland werden fortwährend Fälle gemeldet, in denen die Bestimmungen des Friedensvertrages bezl. der Rechte der Juden verletzt werden. Insbesondere beklagenswert ist das Schicksal der Flüchtlinge aus dem Osten. In allen diesen Fällen hat es das K. d. J. D. als seine Pflicht angesehen, zu intervenieren. Am schlimmsten ist es in der Ukraine, da es in diesem Gebiete keine stabile Regierung gibt, und jede der vielen Scheinregierungen die Verantwortung der anderen zuschiebt. Infolge der unternommenen Schritte haben die offiziellen ukrainischen Vertretungen die Pogrome gerügt, ohne dass jedoch bisher die Folgen sichtbar geworden wären. Viel wichtiger ist die diesbezügliche Aufklärung der Oeffentlichkeit. Das K. d. J. D. hat ein ungeheures Material gesammelt, an dessen systematischer Durcharbeitung mit allem Eifer gearbeitet wird und das demnächst als Schwarzbuch in vier Sprachen erscheinen soll. Was Polen betrifft, haben die Pogrome im eigentlichen polnischen Gebiete aufgehört, doch sind dort statt dessen die Juden tausenden kleinlichen Schikanen und einer grausamen Entrechtung ausgesetzt, die nicht weniger als die früheren Pogrome das Leben vergiftet haben. Die Atmosphäre ist eine derartige, dass die Juden moralisch und wirtschaftlich daran zu Grunde gehen. Dagegen veranstaltete die polnische Soldateska in den nichtpolnischen Gebieten zahlreiche Pogrome. Ebenso gefährlich ist die Presskampagne, die die polnischen offiziellen Faktoren in der ganzen grossen europäischen Presse durchführen und die auch die politische Oeffentlichkeit in Europa in antisemitischem Sinne beeinflusst. Dem gegenüber hat das Komitee die Aufgabe, die Oeffentlichkeit nach Möglichkeit aufzuklären, zu welchem Zwecke es ausser seinen grossen Bulletins, die eine dokumentarische Würdigung sämtlicher politischer und rechtlicher Ereignisse des politischen Lebens darstellen, häufig in mehreren Sprachen Communiques herausgibt, die versuchen, ein wahres Bild der Lage zu geben und vor allem das Gewissen der Oeffentlichkeit wachzurufen. Das Komitee lässt auch keine Möglichkeit unbenützt, um bei den Regierungen und der Völkerliga in der polnischen Frage zu intervenieren. So hat der Vorsitzende des Komitees diese Frage mit Mitgliedern der englischen, französischen und italienischen Regierung, sowie im Generalsekretariate des Völkerbundes besprochen, und es ist gelungen, eine telegraphische Intervention des Völkerbundes bei der polnischen Regierung zu erzielen. Die Wirkungen sind jedoch bei weitem nicht die gewünschten. Immerhin wurde erreicht, dass infolge der Schritte des K. d. J. D. entscheidende politische Faktoren der Ententemächte einen Druck auf Polen ausgeübt haben, dessen Wirkung sich vielleicht in kurzer Zeit zeigen wird. Auch die Völkerliga hat eine Berücksichtigung der in einem ihr überreichten Memorandum erhobenen Beschwerde versprochen. Die Uneinigkeit der jüd. Partei in Polen selbst lähmt leider auch die Wirksamkeit jeder Aktion von aussen. Bezüglich Litauens haben der in Paris weilende litauische Aussenminister und die Führer der drei grossen litauischen parlamentarischen Parteien in einem offiziellen Schreiben den festen Willen des litauischen Volkes zum Ausdrucke gebracht, an der bekannten Pariser Deklaration der litauischen provisorischen Regierung vom 5. August 1919 bezl. der nationalen Autonomie des jüd. Volkes festzuhalten. Aus Rumänien, wo die Lage der Juden sich anscheinend entschieden gebessert hatte, kommen in letzter Zeit Nachrichten, die von neuen

Schikanen erzählen, insbesondere von ungerechtfertigten Massenausweisungen jüd. Bürger aus Transsylvanien und der Bukowina. Auf Grund d r Intervention des K. d. J. D. hat Aussenminister Take Jonescu die Zusage gegeben, nach Einholung genauer Informationen auf Beseitigung dieser Massregeln zu dringen.

Eine schwierige Situation schafft die Emigration der Juden aus Polen. Den Flüchtlingen wird der Eintritt in die benachbarten Gebiete erschwert oder sie werden, falls es ihnen gelingt, dort hineinzukommen, ausgewiesen. Dies betrifft vor allem die Tschecho-Slovakei, Schlesien und Danzig, von wo man sich an das Komitee mit der Bitte um Schutz wandte. General Le Rond, Präsident der interalliierten Kommission in Oberschlesien, versprach Sokolow gelegentlich einer persönlichen Unterredung, den Flüchtlingen gegenüber die grösste Milde walten zu lassen. In Oberschlesien ist nach den ersten offiziellen Berichten tatsächlich eine bedeutende Entspannung eingetreten, wenn auch nach den neuesten Mitteilungen das Problem noch immer nicht gelöst ist. Besondere Gefahren drohen den Juden im Freistaate Danzig, und das Komitee hat in dieser Frage mittels ausführlicher Memoranden bei der Völkerliga interveniert, denen persönliche Schritte des Vorsitzenden sich anschlossen. Eine besondere Komplikation bietet Danzig auch dadurch, dass es heute zum wichtigsten Emigrationshafen der polnischen Juden wird, so dass es noch längere Zeit die besondere Aufmerksamkeit des Komitees beanspruchen wird.

Das Komitee betrachtet es auch als seine Aufgabe, alle Massnahmen zu ergreifen, um für einen späteren Zeitpunkt den Eintritt von Vertretern des jüd. Volkes in den Völkerbund zu ermöglichen. Zu diesem Zwecke hat sich der Generalsekretär anlässlich der Mailänder Konferenz der Assoziationen für die Propaganda des Völkerbundes mit den französischen und italienischen Teilnehmern dieser Konferenz in Verbindung gesetzt, um zunächst die Möglichkeit einer späteren Beteiligung ähnlicher jüdischer Assoziationen zur Propaganda des Völkerbundes an der Konferenz zu sichern. Die Beschlüsse der Mailänder Konferenz eröffnen uns die Möglichkeit, derartige Assoziationen zu gründen, die zu den künftigen Konferenzen ihre stimmberechtigten Vertreter entsenden werden. Das Komitee geht nun an die vorbereitenden Arbeiten für Gründung derartiger Vereine in Paris und London.

Mit allen diesen Arbeiten geht auch eine organisatorische Umgestaltung und Ausbau des technischen Apparates des K. d. J. D. Hand in Hand. Das Bureau entspricht infolge seines beschränkten Raumes nicht den grossen Anforderungen, die die jetzige Lage an das Komitee stellt. Dieser Ausbau, wie auch die Erweiterung für eine planmässige Durchführung seiner Aktionen hängen aber von der Stärke der finanziellen Basis des Komitees ab.

Chronik.

Russland.

— Der Verband der ukrainischen Juden in London hat von Saltzman und Feikin ein drahtloses Telegramm aus Moskau erhalten, wonach sie dort gut aufgenommen und behandelt würden und demnächst nach der Ukraine abreisen, um dort ihre Hilfstätigkeit aufzunehmen.

— Die verschiedensten jüd. Zeitungen wissen von dem Ableben des Initiators der Jerusalemer Nationalbibliothek, Dr. Joseph Chasanowitsch, zu berichten, wobei den meisten der ergötzliche Irrtum unterläuft, sich diese Meldung aus Jerusalem erstatten zu lassen, so als ob Chasanowitsch dort, und zwar erst jetzt gestorben wäre. Tatsächlich kursieren die Meldungen über den Tod Chasanowitsch' schon seit vielen Wochen, ja Monaten und es war darüber, wenn wir nicht irren, zum erstenmale in der Kownoer „Jüd. Stimme" berichtet worden. Danach soll Chasanowitsch schon Ende vorigen Winters und zwar im Spital von Jekaterinoslaw gestorben sein.

— In Palästina ist aus Russland die Nachricht über die Ermordung des bekannten Zionisten Braslawski eingetroffen. Er wurde in Rostow am Don gelegentlich seiner Trauerrede auf Bruk verhaftet und dann von den Bolschewisten erschossen.

Ukraine.

— Der Pariser G.-Korrespondent der „J.P.Z." berichtet: Das Exekutiv-Komitee der jüd. Welthilfskonferenz hat dieser Tage einen Bericht des ukrainischen jüd. Hilfskomitees in Kiew erhalten, der Ende Okt. 1920 verfasst, also Nachrichten über die allerjüngste Zeit, enthält. Der genaue Wortlaut des Berichtes wird in der nächste Woche erscheinenden ersten Nummer der vom Exekutiv-Komitee der Welthilfskonferenz herausgegebenen Zeitschrift „Hilfe" erscheinen. Aus dem Pressevertretern zur Verfügung gestellten Teil erwähnten Berichtes sei im Auszuge folgendes wiedergegeben. Am 20. Sept. fand in Gorodyschze (Gouv. Kiew) ein schauderhafter Pogrom statt. Schon vorher hatte der Bandit Goli, ein ehemaliger Petersburger Offizier, mit einer Bauernbande aus den umliegenden Dörfern zweimal das Städtchen überfallen und jedesmal einige Juden ermordet. Einmal hiess es, zur Zeit der Herrschaft Denikins, er sei gekommen, um mit den „Freiwilligen" zu kämpfen, das anderemal wiederum, als die Bolschewisten die Herrschaft innehatten, um die Roten zu vertreiben. Am 20. Sept. überfiel nun Goli mit einer Bande von 500 Mann das Städtchen. Ein Teil der Juden flüchtete, wurde jedoch von der Bande eingeholt und erschossen. Die Zahl der Opfer festzustellen ist unmöglich, da die Bauern die Leichen in einem Massengrabe beerdigten. Sodann liess Goli gegen 200 jüd. Männer zusammentreiben und auf einer einberufenen Volksversammlung „regelrecht abstimmen, was mit ihnen zu geschehen habe. Mit allen Stimmen gegen 2 wurde beschlossen, alle Männer zu erschiessen, welcher Beschluss sofort zur Ausführung gelangte. Auch die Frauen, die abgesondert gehalten worden waren, sollten erschossen werden, aber zum Glück traf rechtzeitig eine Panzerlokomotive mit 30 Mann des jüdischen Selbstschutzes aus Boguslaw ein, vor denen die Banditen sich gleich aus dem Staube machten.

In anderen Teilen des Berichtes wird von mehreren Fällen erzählt, wo dank dem energischen Auftreten des jüd. Selbstschutzes einzelne Städtchen dem Untergange entgingen, so Karsun, das ebenfalls von der Bande Golis überfallen und vom jüd. Selbstschutz gerettet worden ist. Dieser Bericht gibt überhaupt zum ersten Male genauere Nachrichten, über die grosse Rolle, die die jüd. Jugend, in Selbstschutzabteilungen organisiert, bei der Unterdrückung der Pogrome spielt.

Ausser in Gorodyschze sind Ende September und im Laufe des Oktobers Pogrome, die auch Todesopfer zu verzeichnen hatten, in folgenden Orten des Kiewer und Wolhynier Gouvernements vorgekommen: Wachnowka, Priluki, Spitschenze, Smogorodok, Daschew, Toroschzo, Zazew, Rota, Baranowka, Rogatschow, Tschernjachow, Tschudnietz, Romanow, Iwnitza und Kotelnja.

— Wie das Lemberger „Tageblatt" berichtet, veranstalteten die flüchtenden ukrainischen Soldaten, darunter eine aus ehemaligen Söldnern Denikins bestehende Abteilung einen Pogrom in Woloczyska, wobei neben der allgemeinen Plünderung 9—10 Juden erschlagen wurden. Die am 21. Nov. in Woloczyska einziehenden Bolschewisten nahmen eine Anzahl ukrainischer Pogrombanditen gefangen.

Polen.

Die Kommission der Zweiten Internationale über die polnischen Pogrome.

Der „Jewish Cronicle' veröffentlicht die Beschlüsse der sozialistischen Kommission, die im April die Lage der Juden in Polen untersuchte. Es wird darin festgestellt, dass in den Jahren 1918 und 1919 Judenverfolgungen und Pogrome stattgefunden hätten, gegen die vor der ganzen Welt Protest erhoben wird. Seit der Zeit sei es in Polen allerdings zu keinen weiteren Pogromen gekommen, jedoch seien angesichts des in Polen herrschenden Antisemitismus neuerliche Exzesse möglich, falls die Regierung keine energischen Schritte gegen die von den Soldaten veranstalteten Exzesse ergreift. Die Kommission verlangt internationalen Schutz für die Juden als nationale Minderheit

gegenüber den Verfolgungen und ökonomischen Repressalien, wie auch Freiheit der Ein- und Auswanderung. Es sei die Ausarbeitung eines Systems administrativer Autonomie angebracht, die den nationalen Minderheiten, die sich nach Rasse, Sprache und Religion von der bodenständigen Bevölkerung unterscheiden, gestatten würde, in ihren Gemeinden ihr eigenes kulturelles Leben zu organisieren.

— Eine charakteristische Stellung gegenüber den zionistischen Vereinen nimmt Innenminister Skulski ein. Anlässlich seines Besuches der Stadt Kowel intervenierten die zion. Führer bei ihm, wegen Behinderung der Legalisierung der dortigen zion. Org. durch die lokalen Behörden. Minister Skulski erklärte, er werde die lokale Organisation legalisieren lassen, insofern sie sich ausschliesslich auf Regelung der Emigration nach Palästina beschränken und keine politische Tätigkeit als Teil der zion. Weltorganisation unternehmen werde. Sie müsse ihre Tätigkeit auf Polen beschränken und dürfe nicht eine Filiale von London oder Berlin werden. Er erklärte noch, dass er auch den zion. Abgeordneten eine ähnliche Antwort erteilt habe.

— Der jüd. Literaten- und Journalistenverein in Lodz wurde von den Behörden geschlossen wegen angeblich gegen den Staat gerichteter Tätigkeit, obwohl der Verein sich nicht mit politischen Fragen befasst hat. Der Verein entsandte eine Delegation zum Innenminister Skulski, deren Erfolg bis jetzt noch aussteht.

— Einzelne jüd. Eisenbahnbeamte, die infolge Einziehung zum Heere zeitweise ihre Posten verlassen mussten, werden jetzt nach ihrer Entlassung aus dem Heere als Juden zum Eisenbahndienst nicht wieder zugelassen.

— Die Lage der Abertausenden von Emigranten, die aus der Ukraine in Warschau eintreffen, wird von Tag zu Tag schlimmer. Sie werden von den Besitzern der einzelnen Herbergen ausgenutzt, sodass sie bald ohne alle Mittel dastehen. Ausserdem werden sie auf Schritt und Tritt bestohlen. Der Vertreter der „Hias“ in Warschau hat sich telegraphisch nach New-York gewendet, zwecks Einleitung einer Aktion zur Verbesserung der Lage dieser Emigranten.

— Die galizischen Grenzstädte, vor allem Tarnopol und Podwoloczyska, sind von jüd. Flüchtlingen aus der Ukraine überfüllt.

— Die finanzielle Unterstützung der armen jüd. Bevölkerung in Polen soll infolge Mangels an Mitteln vom Joint am 1. Juli 1921 eingestellt werden. Dagegen solle die Tätigkeit des Joint auf dem Gebiete der Hilfe für Waisenkinder, der sanitären und der konstruktiven Hilfe um so intensiver vor sich gehen.

— Am 21. Nov. fand in Krakau in Anwesenheit von 49 Mitgliedern unter Vorsitz von Dr. Thon eine Sitzung des zion. Parteirates für Westgalizien und Schlesien statt. Dr. Rosenblatt referierte über die Tätigkeit des Palästinaamtes, die Konferenz in Mährisch-Ostrau und die Emigration nach Palästina, Dr. Hilfstein über die Finanzen und Dr. Schwarzbart über die nächsten Aufgaben der Zion. Org. und speziell den Keren Hajessod. In den Resolutionen wurde eine energische Tätigkeit für den Keren Hajessod beschlossen, ohne dass jedoch dabei die kulturelle und politische Tätigkeit vernachlässigt werden solle. Die Delegierten selbst zeichneten an Ort und Stelle eine grössere Summe für den Keren Hajessod.

— Am 19. Nov. feierte der Warschauer „Moment“ mit einer inhaltsreichen Jubiläumsnummer den Tag seines 10 jährigen Erscheinens. Das geplante Bankett wurde bis nach Ablauf der 30 Trauertage nach Anski verschoben.

Litauen.

— Oberrabbiner Schapiro hat sich in Angelegenheit einer Hilfsaktion nach Amerika begeben.

— Die jüd. Kulturliga bereitet die Eröffnung eines Lehrerseminars vor, zwecks Ausbildung von Lehrern für die jüd. allgemeinen Schulen. Das Seminar soll einen dreijährigen Lehrkurs im Anschluss an eine Vorbereitungklasse umfassen.

Litauen.

(Polnisches Okkupationsgebiet.)

— In Wilna, Lida und anderen Orten Zentral-Litauens hat General Zeligowski sich in jiddischen Aufrufen an die „jüdischen Mitbürger“ gewandt, zur Verteidigung Zentral-Litauens ins Heer einzutreten. In der Not frisst bekanntlich der Teufel auch Fliegen und es ist kein Wunder, dass Zeligowski in seinem Aufrufe in die Fusstapfen von Nikolai Nikolajewitsch — auch stilistisch — tritt.

Rumänien.

— Der ehemalige rumänische Staatssekretär des Aeussern, Dr. Caius Brediceanu, einer der Delegierten an der Friedenskonferenz, der u. a. auch an dem Friedensvertrag von Trianon mitgewirkt hat, der berufen ist in der Politik Rumäniens noch eine bedeutende Rolle zu spielen und einer von jenen wenigen rumänischen Politikern ist, die mit der Judenfrage und deren modernen Ideenkreis enger vertraut sind, äusserte in einem Interview dem Bukarester Korrespondenten des „Uj Kelet“ u. a.: „Ich betrachte das Judentum als Nationalität und halte dies für den einzig richtigen Standpunkt. Aber vom Standpunkt des Staates halte ich es nicht für notwendig, die Assimilierung derjenigen Gruppen zu verhindern, mit deren Ueberzeugung dies vereinbar ist. Ich sehe auch meinerseits die Notwendigkeit ein, dass ein besonderes Ressort der Regierung sich mit den Angelegenheiten der Nationalitäten und innerhalb dieser mit den Angelegenheiten der jüdischen Nationalität befassen soll, was innerhalb der bereits bestehenden Ministerien (Innen- und Kultusministerium) oder im Rahmen des neu zu errichtenden Nationalitätenministeriums denkbar wäre. Im Programm des Zionismus kann der Staat nichts auszusetzen haben, weder hinsichtlich Palästinas als jüd. Heimstätte, noch bezüglich dessen anderen, hauptsächlich kulturellen Forderungen. Was die Autonomie betrifft, halte ich für unbedingt durchführbar die religiöse Autonomie der Gesamtjudenheit und im Zusammenhang damit die Autonomie der kulturellen Institutionen.

— Aehnlich wie s. Zt. die polnische Regierung pflegt jetzt auch die rumänische von den auswandernden Juden eine Deklaration zu verlangen, dass sie auf die rumänische Staatsbürgerschaft verzichten und nie nach Rumänien wieder zurückkehren werden.

Siebenbürgen.

— In Klausenburg fand am 24. Nov. die Eröffnung der ersten zionistischen Konferenz der Juden Transsylvaniens, des Banats und der Marmaros statt in Anwesenheit von Julius Berger, der die Londoner Leitung vertritt und des Nationalfonds-Sekretärs im Haag, Adolf Pollak.

— Der Jüd. Nationalrat von Siebenbürgen wird demnächst einen Aufruf an die Juden Siebenbürgens richten zur Schaffung eines jüd. Pressefonds.

— Die Klausenburger Neologengemeinde hat sich in ihrer Generalversammlung vom 7. Nov. mit der Frage des Anschlusses an die jüd. Landesschulvereinigung des Tarbut beschäftigt und hat beschlossen, zur gemeinsamen Errichtung und Erhaltung des jüd. Knaben- und Mädchengymnasiums beizutragen. Gleichzeitig wurde der prinzipielle Beschluss gefasst, die für den Mittelschulfonds eingelaufenen ca. 180.000 Lei dem Tarbut zu überweisen.

Bukowina.

— Trotz der Bemühungen der Gendarmerie kommen in Dorna-Kadreni noch immer Brandstiftungen jüd. Häuser vor, ohne dass man bisher den Tätern auf die Spur gekommen wäre. In einer Besprechung mit einer von Dr. Ebner geführten Deputation erklärte Landesgendarmerie-Kommandant Schipor, dass energische Massnahmen getroffen seien,

um gewissen sich geltend machenden Einflüssen zu begegnen.

Tschecho-slovakischer Staat.

— Aus Nagymihaly wird berichtet: Der Zsupan von Zemplin hat auf Grund eines Ministrialerlasses 500 dorthin geflüchtete galizische Juden an die Grenze abschieben lassen. Die polnische Grenzbehörde, die grösstenteils aus Legionären besteht, hat die Flüchtlinge zurückgewiesen. Auf Intervention des Kaschauer Vertreters des Joint Distribution Committee beim Zsupan Dr. Ruman, den Flüchtlingen den Aufenthalt auf tschecho-slovakischem Gebiet zu gestatten, wurde von den Behörden eine gründliche Prüfung der Angelegenheit in sachlicher und gerechter Weise zugesichert.

— Mit Rücksicht auf die im Prager jüd. Rathaus untergebrachten jüd. Amerika-Immigranten, hat infolge der bekannten Ausschreitungen das Prager amerikanische Konsulat auf dem jüd. Rathaus die amerikanische Flagge hissen lassen.

— Der für den 7. und 8. Dez. nach Piestany einberufene Delegiertentag der Vereinigten Jüd. Parteien, wurde auf den 27. und 28. Dez. nach Poprad verlegt.

— In Munkacs fand eine Delegiertenversammlung der Misrachi- und Zions-Vereine Karpathorusslands statt, zwecks Gründung einer Distriktsleitung. Namens des Misrachi wurde der Antrag gestellt, dass sich der Distrikt in corpore dem Misrachi anschliesse, da in Karpathorussland die Zionisten fast ausnahmslos misrachistisch gesinnt seien. Da diesem Antrage auch opponiert wurde, wurde schliesslich ein Vermittlungsantrag angenommen, wonach eine gemeinsame Distriktsorganisation, zionistisch-misrachistischer Distrikt, gegründet und das Distriktskomitee auf proportioneller Basis gewählt werden soll. Der misrachistische Antrag, wonach die Bezirksleitung nichts unternehmen darf, was dem jüd. Religionsgesetz zuwiderläuft, wurde angenommen.

— In letzter Zeit fanden in zahlreichen Orten der Slovakei, so u. a. in Uzhorod, Lipiany, Presov (Eperjes) vom Sekretär der Misrachizentrale in Bratislava, Müller, veranstaltete Versammlung statt, die zahlreichen Besuch aufwiesen. Ueberall wurde beschlossen, der Misrachizentrale in Bratislava die weitgehendste Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Ungarn.

— F. - Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, laut welcher alle Fremden, die sich seit Kriegsbeginn in Ungarn niedergelassen haben, ohne Rücksicht darauf, ob sie einen ständigen Erwerb haben oder nicht, entfernt werden sollen. Bedenkliche Elemente sollen sofort ins Schubhaus gebracht und gegen sie das Ausweisungsverfahren eingeleitet werden. Dass sich diese Verordnung gegen die Ostjuden richtet, die auf diese Weise den Schikanen der korrupten antisemitischen Behörden ausgeliefert werden, ist selbstverständlich. Charakteristisch für den magyarischen Kurs ist, dass die Suspendierung der berüchtigten „Erwachenden Magyaren" aufgehoben wurde und der Ministerpräsident, der vor kurzem die strengsten Massnahmen in Aussicht stellte, seinem Wortbruch eine Verbeugung vor den „edlen Intentionen" der „Erwachenden" hinzufügte. Deren Führer haben übrigens in der ihnen zur Verfügung stehenden Presse begonnen, unverhüllte Drohungen gegen jedermann zu erheben, der es wagen wollte, sie in ihrer Tätigkeit zu hindern.

Oesterreich.

Wien. - F. - Durch das Inkrafttreten der neuen Bundesverfassung ist eine Reihe von Funktionen des niederösterreichischen Landeshauptmanns an den — gegenwärtig sozialdemokratischen — Bürgermeister von Wien übergangen. Dieser verlangte in einem Schreiben vom Polizeipräsidenten einen genauen Bericht über den Stand der Flüchtlingsausweisungsfrage. Der Bürgermeister anerkennt darin die Schwierigkeiten einer Ausweisung und verspricht, nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit vorgehen zu wollen. Auch über die Vermögenslage der Betroffenen soll berichtet werden. Allerdings lässt die Bezeichnung „Ueberflüssige Wohnungsnehmer" in ihrer Unbestimmtheit der Willkür weitesten Spielraum. Es ist abzuwarten, ob die neue Instanz in Flüchtlingssachen eine humanere und gerechtere Praxis einschlagen wird, als die des bisherigen Landeshauptmanns Sever. Schon die Tatsache, dass in Wien Tausende nichtjüdischer Fremder vollkommen unbehelligt bleiben, beweist, dass man es mit diesen, übrigens den Friedensverträgen widersprechenden Massnahmen mit einem blossen antisemitischen Akt zu tun hat, der unter Berufung auf die Wohnungsnot geübt wird, ohne dass durch die Ausweisung der Ostjuden diesem Uebel gesteuert würde. Ein hiesiges Blatt will wissen, dass die Behörden mit der polnischen und tschechischen Regierung ein Abkommen betreffs des Abtransportes der Flüchtlinge aus dem Osten, der Passfrage und der Beistellung von Zügen getroffen habe.

— Die Palästinazentrale der Agudas Jisroel (Leitung Rabb. Josef Baumgarten) hat in Fortsetzung ihrer Aktion am 22. Nov. wieder 84 Kriegsflüchtlinge aus Palästina in ihre Heimat zurückbefördert. Infolge des schlechten Standes der österreichischen Valuta hat dies eine grössere finanzielle Anstrengung für die Palästinazentrale der Agudas Jisroel bedeutet, doch gelang es mit Hilfe der energischen Sammeltätigkeit insbesondere des Hilfskomitees der Palästinazentrale und der Palästinasektion der Jugendgruppe die hiezu nötige Summe, rund eine Million Kronen, aufzubringen. Die Flüchtlinge wurden nicht nur mit Kleidungsstücken und Lebensmitteln, sondern auch mit Näh- und Strickmaschinen ausgestattet, so dass diese, in die Heimat zurückgekehrt, eine Existenz gründen können. Der Transport war schon am 18. d. einwaggoniert, doch mussten die Flüchtlinge durch den ausgebrochenen Eisenbahnerstreik auf der Südbahnstrecke in die Stadt zurückbefördert werden und wurden im Schullokale der Jessoda-Thora der Adass Jisroel (Schiffschul) untergebracht und verpflegt. Die politischen Behörden haben auf Intervention der Palästinazentrale der Agudas Jisroel trotz der strengen Handhabung der Ausweisung von Fremden, den Palästina-Flüchtlingen gegenüber das weitmöglichste Entgegenkommen bewiesen.

— F — Das Wiener Chaluzim Hilfskomitee ist neu organisiert worden und umfasst alle in Betracht kommenden neue Organisationen. In Anbetracht des Umstandes, dass der wachsende Zuzug von Palästinawanderern, für die Wien ein Zentrum bildet, an die Hilfstätigkeit grosse Anforderungen stellt, wird es nötig sein, diesem Zweig der Hilfstätigkeit auch im Auslande besondere Beachtung zu schenken und dem Komitee materielle Förderung angedeihen zu lassen.

Deutschland.

Berlin. - R. - Die preussische Regierung hat beschlossen, Internierungslager für solche Ausländer einzurichten, die sich eines kriminellen Verbrechens schuldig gemacht haben oder die trotz rechtskräftig erfolgter Ausweisung nicht das Land verlassen haben. Es wird versichert, dass die Verordnung keine antisemitische Tendenz hat; freilich wird erst die Praxis zeigen, ob sie nicht als Handhabe zu einer Schikanierung der Ostjuden dienen wird.

— Das bayerische Staatsministerium des Innern hat an die Regierungspräsidenten einen Erlass gegen die antisemitischen Ausschreitungen herausgegeben, worin betont wird, dass die gegen das Judentum getriebene Agitation erheblich die Grenzen überschreite. Es solle dafür gesorgt werden, dass die Plakate für solche Versammlungen stets einer gründlichen Prüfung unterzogen werden und dass darin alles ausgemerzt wird, was aufreizend wirken kann. Es ist auch dahin zu wirken, dass in den antisemitischen Versammlungen die aufreizende Agitation gegen das Judentum unterbleibt und etwa trotzdem vorkommenden Ausschreitungen energisch entgegengetreten wird.

Berlin. - R. - Die Lage der ostjüdischen Arbeiter in Oberschlesien, die durch die deutschnationalen und polnischnationalen Angriffe und durch die Abschiebungen über die polnische Grenze sehr kritisch geworden war, ist nunmehr durch eine neue Verfügung der Interalliierten Kommission in Oppeln ge-

regelt worden. Die neuen Bestimmungen über das Aufenthaltsrecht der ostjüd. Flüchtlinge in Oberschlesien sind frei von antisemitischer Tendenz. Ein besonderes Verdienst an dieser Regelung hat Major Watts; sie ist auch durch den Einfluss des deutschen Bevollmächtigten bei der Interalliierten Kommission sehr gefördert worden.

— R. — Das Jüdische Arbeitsamt in Berlin hat den ursprünglich vom Jüdischen Frauenbund eingerichteten Bahnhofsdienst für durchreisende jüdische Flüchtlinge ausgebaut. Es wurden Mitarbeiter und Helfer aus den Jugendorganisationen, 80 Herren und 20 Damen, zur Mitarbeit herangezogen. Auf dem schlesischen Bahnhof, wo die aus dem Osten kommenden Amerikafahrer umsteigen müssen, wurde ein eigener Raum zur Verfügung gestellt. In ähnlicher Weise wurde auch in Köln ein Bahnhofdienst organisiert und in den östlichen Grenzstationen steht die Einrichtung unmittelbar bevor. Der Berliner Bahnhofdienst hat auch Belehrungen für die Auswanderer in deutscher und jiddischer Sprache herausgegeben, die an die Flüchtlinge bereits in den Grenzstationen verteilt werden. Die Finanzierung hat der Hilfsverein der deutschen Juden, der Verband der Ostjuden und das Arbeiterfürsorgeamt übernommen.

— R. — Die deutsche Landesorganisation der Poale Zion hat auf einer kürzlich abgehaltenen Tagung beschlossen, sich keinem der beiden durch die Wiener Spaltung gebildeten Weltverbände anzuschliessen, vielmehr eine vermittelnde Stellung einzunehmen und sich zu bemühen, die Partei wieder zur Einigkeit zurückzuführen. Es wurde ein dreigliedriges, aus Chasanowitsch, Alfred Berger und Schalom Rudel bestehendes Reorganisationskomitee der Poale Zion in Deutschland gegründet, das mit den beiden Verbänden in Fühlung zu treten hat. Das Komitee hat einen Verlag begründet, der eine Reihe von Schriften herauszugeben beabsichtigt.

— In Saarbrücken wurde eine „Jüdische Arbeiterfürsorgestelle für das Saargebiet" als Zweigstelle des Berliner Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands unter der Leitung einer neutralen Kommission begegründet.

Danzig.

— Von Januar bis Oktober 1920 passierten die Auswandererzentrale Danzig 35,000 jüd. Auswanderer.

Frankreich.

— J. - Das Komitee der Jüd. Delegationen hat dem Völkerbund ein Memorandum überreicht, worin anlässlich der Durchberatung der inneren Verfassung der Stadt Danzig durch den Völkerbund gefordert wird, dass in dieser Verfassung der jüd. Minorität ein Schutz für ihre Einbürgerungsrechte ähnlich wie im polnischen Vertrage gewährleistet werde.

Temkin, Sliosberg und Bramson sind aus London zurückgekehrt, wo sie in Angelegenheiten der Exekutive der jüd. Welthilfskonferenz und zum Teil auch des Komitees der Jüd. Delegationen mit Erfolg tätig waren. Die jüdische Welthilfszentrale plant für die nächste Zeit eine Zusammenfassung der jüd. Hilfsarbeiten in der Ukraine und bereitet zu diesem Zwecke eine Konferenz der daran interessierten Hilfsvereine vor.

— In einem in den verschiedensten Zeitungen veröffentlichten Artikel nimmt Nordau scharf Stellung gegen die Forderung nach jüdischen Minderheitsrechten. Die Juden müssten sich auf den Zionismus und die Erlangung Palästinas beschränken und im Galuth sich mit der Gleichberechtigung begnügen.

Italien.

Triest, 29. Nov. - S. - Der Auswandererstrom nach Palästina ist im Berichtsmonate wesentlich schwächer geworden. Seit dem 25. Okt. bis heute schifften sich in Triest bloss 320 Passagiere ein gegenüber 830 im Vormonate. Unter den 320 Palästinafahrern befanden sich zirka 100 Heimkehrer, welche, während des Weltkrieges aus Erez Israel vertrieben, erst jetzt, nach 4—5 Jahren, die für sie eine ununterbrochene Kette von Leiden, Entbehrungen und Entsagungen aller Art waren, ihre Heimat wiedersehen sollten. War jedoch der Aufenthalt im Galuth ein schier unerträglicher, so ist die Heimreise dieser Unglücklichen, als Gegenstück dazu, mit nicht minderen Leiden und Strapazen verbunden. So muss eine Gruppe von 65 dieser unglücklichen Heimkehrer — meist Frauen, Kinder und Greise — auf das Anlangen ihrer Gepäckstücke wartend, seit zirka 8 Tagen in der Grenzstation Tarvis, hungernd und frierend, sozusagen biwakieren! Dadurch versäumen sie das Schiff, welches gerade heute abgeht. Die Schuld an diesem beklagenswerten Vorfalle schreiben die Leute der Sorglosigkeit der Reisegesellschaft zu, welche mit der Einwaggonierung des Transportes und Aufgabe der Gepäcksstücke in Wien ihre Aufgabe als beendet betrachtete, anstatt einen Begleiter bis Triest mitzuschicken.

Ab 16. Dez. stellt der Lloyd Triestino einen zweiten Schnelldampfer, „Wien", ein Schwesterschiff des „Helouan", in den Dienst der Levante-Linie. Von diesem Datum angefangen wird alle 8 Tage, u. zw. jeden Donnerstag 12 Uhr mittags, von Triest nach Alexandrien ein Eildampfer abgehen, was unseren Palästinafahrern ausserordentlich zustatten kommen wird. Die luxuriöse und bequeme Einrichtung aller drei Klassen der beiden Eildampfer „Helouan" und „Wien" ist mustergültig und allbekannt. Bei dieser Gelegenheit muss das weitgehende Entgegenkommen des Lloyd Triestino, der Schiffsoffiziere und Matrosen aller Schiffe unseren Palästinafahrern gegenüber besonders lobend hervorgehoben werden. Auch die politischen und Eisenbahnbehörden Italiens gewähren unseren Auswanderern allerhand Erleichterungen und Begünstigungen.

England.

— Die parlamentarische Gruppe für Palästina hat auf einer im engl. Unterhaus abgehaltenen Sitzung eine Resolution gefasst, wonach die britische Regierung aufgefordert wird, in die Mandatsbestimmung die Anerkennung der historischen Bande, die das jüd. Volk mit Palästina verknüpfen, des Status der Zion. Org. und der Politik der Entwicklung Palästinas zu einem autonomen Gemeinwesen aufzunehmen. Die britische Regierung soll mit der französischen Regierung die nötigen Abmachungen treffen, bezüglich des Anschlusses des Jordantales und besonders des Unterlaufes des Jarmuk an Palästina, da sonst der wirtschaftliche Wiederaufbau Palästinas beeinträchtigt, ja gefährdet würde. (Zionist Bulletin, Neue Folge.)

— In der „Times" wendet sich Jabotinsky in einem längeren Schreiben gegen die Gerüchte, wonach der Text des Palästinamandates Enttäuschungen für die Zionisten enthalte. Laut seinen Informationen sei gerade das Gegenteil der Fall. Allerdings könne nicht geleugnet werden, dass systematisch von verschiedenen Seiten Anstrengungen gemacht werden, um aus dem Mandat alle für dessen Realisierung wirksamen Garantien zu eliminieren. Dies alles könne leider dazu führen, den Mandattext etwas unklarer zu fassen, was wiederum geeignet wäre, die jüd. Begeisterung und Opferwilligkeit für den Wiederaufbau Palästinas zu dämpfen. Und gerade diese sind auch vom engl. Geschäftsstandpunkt überaus wichtig. Jabotinsky weist nach, welche grosse finanziellen Opfer die Judenheit auf sich zu nehmen bereit sei und dass vorderhand, so lange die Araber die Majorität im Lande besitzen, diese den hauptsächlichsten Nutzen daraus ziehen werden. Nur die Juden sind im Stande die nötigen Opfer für den Wiederaufbau Palästinas zu bringen und entlasten sie bereits jetzt das engl. Budget für Palästina. Die engl. Regierung müsse also dem Mandat einen solchen Text zugrunde legen, der den jüdischen Führern das Recht gibt, ihrem Volke die schwersten Steuern an Geld und Menschen aufzuerlegen.

— Jabotinsky hat die Leitung der Propaganda für den Keren Hajessod übernommen und wird demnächst eine Tour durch Europa übernehmen. Im Laufe des Jahres 1921 dürfte er auch Amerika besuchen.

— Die Zion. Exekutive hat anlässlich der am Chanuka beginnenden Kampagne für die Schekel-Sammlungen für das Jahr 5681 einen Aufruf erlassen,

worin die Aufbringung von einer Million Schkolim gefordert wird.

— Dr. Schmarja Lewin ist aus Palästina nach London zurückgekehrt und wird sich Weizmann auf seiner Agitationsreise nach Amerika anschliessen.

Türkei.

— Aus Konstantinopel wird der „J.P.Z." telegraphiert: Der neue britische Oberkommissär empfing Generalsekretär Landman und Dr. Caleb am 24. Nov. Caleb begrüsste ihn im Namen der lokalen jüdischen Bevölkerung. Landman besprach den Zweck der Funktionen des palästinensischen Emigrations-Büros in Konstantinopel. Der britische Oberkommissär versprach in der günstigen Haltung der britischen Behörden gegenüber den zionistischen Bestrebungen fortzufahren.

Amerika.

— Die Zion. Org. in Amerika hat von ihrem Vertreter in London auf Grund einer Anfrage die Antwort erhalten, dass die vom Jüd. Corr. Bureau, London berichtete Vereinbarung mit der um Jabotinsky sich gruppierenden Opposition (s. „J.P.Z." Nr. 117) in ihren meisten Einzelheiten den Tatsachen absolut nicht entspreche. Es handelt sich dabei nur um Wünsche der daran Interessierten. Zlatopolsky, Naiditsch, Feiwel und Jabotinsky seien zwar zu Direktoren des Keren Hajessod ernannt worden, aber Julius Simon ist Oberdirektor und besitzt die Oberkontrolle. Jabotinsky habe zwar seine Opposition gegen die Exekutive aufgegeben, aber es wurde keineswegs eine Abmachung betreffs aller in erwähnter Meldung berührten Angelegenheiten getroffen.

— Der am 25. Nov. in Buffalo eröffneten zion. Jahreskonferenz wurden zur Bestätigung folgende, von der Exekutive beschlossenen Resolutionen betr. der Palästinaarbeit zur Annahme vorgelegt: Wir bedürfen zum Aufbau Palästinas der Mitwirkung des ganzen Judentums und müssen Mittel ergriffen werden, dass die Juden der ganzen Welt daran Anteil nehmen; auch Nichtmitglieder der Zion. Org. müssen in den Dienst dieser Aufbauarbeit gestellt werden. Der zion. Weltorganisation soll vorgeschlagen werden, dass der Verkauf der Anteilscheine für die öffentlichen Unternehmungen in Palästina von den einzelnen Korporationen besonders vorgenommen werden soll. Ein Komitee soll sofort zur Gründung einer Agrarbank schreiten. Ein autonomes, aus Zionisten und Nichtzionisten bestehendes Komitee soll die Durchführung der Palästinaanleihe auf Basis eines 6 % Zinsfusses in die Hand nehmen. Es soll empfohlen werden, dass alle öffentlichen Unternehmungen für Palästina von Juden kontrolliert werden und dass diese Kontrolle von der Zion. Org. zusammen mit dem Economic Council, falls dieses geschaffen wird, ausgeübt wird. Als dringend werden folgende Unternehmungen bezeichnet, die die Schaffung von Geldmitteln in Form von Investitionen verlangen: Hydroelektrische Entwicklung, Vergrösserung des Kapitals der jüd. Kolonialbank, nach vorhergehender gründlicher Reorganisierung derselben; Organisierung einer Agrar- und Hypothekenbank; Organisierung besonderer Korporationen für die baldige Entwicklung der sog. Landindustrien; Organisierung kooperativer Baugenossenschaften. Die Gelder, die durch freiwillige Spenden aufgebracht werden — der Keren Hajessod — sollen dienen: für medizinische und sanitäre Hilfe; Bildungszwecke und Erforschung des Landes; Landerwerb durch den Nationalfonds; Immigration; Aufforstung.

— Vom 8.—10. Nov. wurde in Baltimore eine Konferenz der Misrachi-Organisation der Vereinigten Staaten von Amerika abgehalten, an welcher 200 Delegierte — einschliesslich 40 Damen — teilnahmen. Der Bürgermeister von Baltimore begrüsste die Versammlung und auf der Stadthalle wurde die jüdische Fahne gehisst. In den jüd. Stadtteilen waren die Fenster mit der jüd., engl. und amerikanischen Flagge geschmückt. Rabbi Meyer Berlin wurde zum Vorsitzenden gewählt. Ein Begrüssungs-Telegramm wurde an Herbert Samuel nach Jerusalem abgesandt. Telegraphische Begrüssungen wurden verlesen von dem Zentralbüro der Misrachi Welt-Org., London, wie auch eine spezielle Botschaft von Sir Stuart Samuel, Barth, Rabbi Fishman seitens des palästinensischen und von Struck seitens des deutschen Misrachi. Der Sekretär berichtete, dass 298 Vereine dem Misrachi beigetreten sind, wodurch die Mitgliedschaft auf 15,000 erhöht wird. Gedaljah Bublick, der gerade von einem mehrmonatlichen Aufenthalt aus Erez Jisroel zurückgekehrt war, berichtete über seine dortigen Erfahrungen. Er legte dar, dass nur 3 Prozent des Bodens in jüd. Besitz sei und betonte, dass es erste Pflicht der Juden sei, Boden in Erez Jisroel zu kaufen. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die von allen Misrachi-Vereinen die Gründung eines Fonds zum Boden-Erwerb in Erez Jisroel fordert; es wurden bereits bedeutende Summen zu diesem Zwecke gesammelt. Dem Keren Hajessod und den Beziehungen zwischen Misrachi und Zion. Org. wurde ein grosser Teil der Beratungen gewidmet. Die Konferenz wurde am 10. November geschlossen.

— Bei den mehrtägigen Beratungen der vom People Relief Committee einberufenen Sonderkonferenz wegen Austrittes aus dem Joint Distribution Committee, kam es zu erbitterten Meinungsverschiedenheiten. Gegner des Joint waren die Poale Zion, mit Baruch Zuckermann an der Spitze, während für das weitere Verbleiben vor allem die Mitglieder der Gewerkschaften unter Führung von Rechtsanwalt Alexander Kahan sich einsetzten. Zum Schluss wurde eine Kompromissresolution angenommen, wonach das People Committee weiter Mitglied des Joint Committee bleibt, jedoch ein Teil der Gelder, die vom People Committee sei es direkt, sei es durch gemeinsame Sammlungen aufgebracht werden, laut Angaben des People Committee verteilt werden sollen, zur Unterstützung der Arbeiterorganisationen und der vereinigten Arbeiterkomitees. Ziemlich böses Blut machte das Auftreten von Dr. Dubrowsky aus Moskau, der, seine eigene Person stets in den Vordergrund schiebend, erklärte, dass der Joint keineswegs die alleinige Vermittlungsstelle für Hilfe nach Sowjet-Russland bilde.

— Auf der am 14. Nov. stattgefundenen Jahresversammlung des „American Jewish Committee" wurde Louis Marshall neuerlich zu dessen Präsidenten gewählt. Es wurde beschlossen, die Resolution von 1918 zu erneuern, an der Verwirklichung der Balfour-Deklaration bei der Gründung einer jüd. Heimstätte in Palästina behilflich zu sein.

— Die von Henri Ford eingeleitete und geführte antisemitische Propaganda veranlasst die Juden Amerikas, die über das Eindringen des antisemitischen Giftes nach Amerika besorgt sind, zur Ergreifung von Gegenmassregeln. Juden und Christen haben sich vereinigt, um den Kampf gegen diese antisemitische Agitation aufzunehmen. Die Kongressmitglieder Rosalsky und Goldvogel beabsichtigen, einen Gesetzesantrag einzubringen, wonach die Verbreitung von Hetzschriften und Verleumdungen gegenüber irgend eine Rasse oder Nation mit Arrest bis zu 3 Jahren bestraft werden soll.

— In einem Privatschreiben dankt der neuerwählte Vizepräsident Collidge für die ihm seitens der jüd. Wähler zu teil gewordene Unterstützung und versichert, seinen ganzen Einfluss für das Stoppen der Juden-Metzeleien in Osteuropa einsetzen zu wollen.

— Das Joint Distribution Committee soll einen neuen Generaldirektor für das Flüchtlingswesen er-

nennen. Wie verlautet, ist für diesen Posten Dr. Bernhard Kahn vom Hilfsverein der deutschen Juden ausersehen.

— Der bekannte jüd. Dichter Morris Rosenfeld musste infolge Erkankung ein Spital aufsuchen; es wird mit seiner baldigen Genesung gerechnet.

Brasilien.

— Wie das New-Yorker „Morning-Journal" vom 15. Nov. berichtet, hat das Fürsorgekomitee für die ukrainischen Flüchtlinge in Kischinew von der brasilianischen Regierung ein offizielles Angebot erhalten, 2500 jüd. Familien auf Regierungsländereien in Brasilien anzusiedeln. Die brasilianische Regierung übernimmt alle Ansiedelungskosten. Das Komitee hat das Angebot Brasiliens angenommen und eine Kommission zur Prüfung der angebotenen Ländereien entsandt.

Aegypten.

— Die jüd. Organisationen in Aegypten hatten sich an Herbert Samuel mit der Anfrage gewandt, welche Arbeiten für den Wiederaufbau Palästinas im jetzigen Momente wohl am notwendigsten wären. In seiner Antwort schlug ihnen Samuel die Gründung einer Agrarbank für Palästina vor. Die jüd. Organisationen in Aegypten akzeptierten diesen Vorschlag und sind daran, die nötigen Vorbereitungen für dessen Realisierung zu treffen.

Erez Israel — Palästina.

— Die von Baron Edmond Rothschild gezeichneten 70,000 Pf. bilden, wie der „Doar Hajom" berichtet, nur einen Teil seiner 300,000 Pfund betragenden Gesamtzeichnung für die palästinensische Anleihe. Ausserdem hat Rothschild 100,000 Pfund für die Verwirklichung der Pläne des Ingenieurs Ruthenberg zugesagt. (Es sind dies die von Rothschild zion. Zwecken gewidmeten 400,000 Pfund, von denen die „J.P.Z." in Nr. 117 berichtete.)

— Für die grossen Projekte des Ingenieurs Ruthenberg werden die ersten Schritte zur Verwirklichung bereits gemacht. Vor einigen Tagen wurden in Galiläa Messungen für die Ausgrabungen eines Kanals vorgenommen, durch den Wasser aus dem Jordan abgezogen werden soll. Die Länge des Kanals wird 30 Kilometer betragen, an seinem Ende wird ein 100 Meter hoher Wasserfall gebildet werden, welcher elektrische Kraft von 30,000 bis 35,000 Pferdekräften liefern soll. Durch diese Kraftmenge wird elektrische Beleuchtung für ganz Palästina und Antriebskraft für die bis jetzt vorhandenen Fabriken geliefert werden können.

— Am 10. Nov. fand in Anwesenheit Herbert Samuels in der Synagoge Beth Jakob der Churba Rabbi Jehuda Hachassid eine Trauerandacht nach Clara Samuel, der Mutter des Oberkommissärs, statt. Rabbi Kook richtete Trosteswortc an Samuel. Während der ganzen Woche fand ein besonderer Trauer-Gottesdienst bei Herbert Samuel statt, der regelmässig das Kadischgebet verrichtete.

— Edwin Samuel, der älteste Sohn Herbert Samuels, wurde zum Beamten der Kreisverwaltung ernannt.

— Herbert Samuel beabsichtigt, Scheidemünzen für Palästina prägen zu lassen. Er wandte sich diesbezüglich an die Zion. Org. in London, damit sie ihm einen Entwurf vorlege. Diese übermittelte diesen Wunsch an den Waad Hazirim, der Raffaeli mit der Ausarbeitung des Entwurfes beauftragte.

— Am 5. Nov. sind in Jaffa 220 Emigranten aus Triest eingetroffen.

— Am 11. Nov. brachte ein Schiff 70 Einwanderer aus Konstantinopel nach Haifa. Unter den Angekommenen befindet sich auch der bekannte jüdische Führer Jakob Caleb aus Konstantinopel, der auf dem Wege nach Aegypten ist.

Am 14. Nov. brachte ein Schiff aus Konstantinopel 600 Emigranten, wovon 450 in Jaffa und 150 in Haifa gelandet sind.

— Unter Vorsitz von Dr. Schiller hat eine Generalversammlung der Lehrer des Kreises Jerusalem stattgefunden, um über die schwere materielle Lage der Lehrer zu beraten. Es wurde beschlossen, der Zentrale mitzuteilen, dass sie auf der ihnen versprochenen Zulage beharren und wenn es dem Waad Hazirim an Geld mangelt, die Einschränkungen nicht nur auf Kosten der Lehrer, sondern aller Beamten des Waad Hazirim geschehen soll. Eine besondere Delegation hat bei Dr. Schmarja Lewin vor dessen Abreise nach Europa vorgesprochen und ihm einen genauen Bericht über die Lage der Lehrer überreicht.

— Wie der „Doar Hajom" vom 15. Nov. berichtet, hat Peter Schweitzer aus New-York 50,000 Dollar, die er eventuell bei Bedarf um weitere 20,000 ergänzen wird, für den Bau eines Krankenhauses in Tiberias gespendet; er bevollmächtigte Dr. Rubinow sich der Sache anzunehmen.

— Dr. Rubinow verpflichtete sich zu einem weiteren zweijährigen Aufenthalte in Palästina. Er wird sich hauptsächlich mit der Bekämpfung der Malaria und der sanitären Fürsorge für die Immigranten befassen.

— Am 12. Dez. wird in Jerusalem die Prüfung für diejenigen veranstaltet, die in Palästina sich als Rechtsanwälte niederlassen wollen. Zugelassen werden nur diejenigen, die provisorische Erlaubnisse oder Zeugnisse von Rechtsschulen besitzen.

— Prof. Geddes hat sich für ein Jahr nach Indien begeben. Sollte jedoch mit dem Bau der Universität in Jerusalem noch im Laufe dieses Jahres begonnen werden können, wird Geddes noch vor Ablauf des Jahres nach Palästina wieder zurückkehren.

— Der Waad Hazirim ist bestrebt, durch Vermittlung der Zion. Organisation in London Bialik die Abreise aus Odessa nach Palästina zu ermöglichen.

— Samuel ernannte Isaak Ebadi, Redaktionsmitglied des Doar Hajom, früher hebräischer Sekretär von Oberrichter Bentwich, zum Leiter des Zentral-Dolmetschamtes bei der palästinensischen Regierung.

— Das Institut „Schoschana" veranstaltet eine Ausstellung von Spitzen, Gold und Silberstickereien, fertiger handgestickter Konfektion, wie auch von Kleidern, Blusen und Kinderkleidchen.

Von der jüdischen Nationalbibliothek in Jerusalem.

Die Bibliothek ist in den letzten Monaten durch Spenden erheblich bereichert worden. Die palästinensische Bevölkerung allein hat gegen 2000 zum Teil sehr wertvolle und seltene Bücher, gesammelt. Aus allen Weltteilen beginnen wiederum Bücherspenden einzulaufen. Die Verlage A. J. Stybel in New-York und Warschau, sowie der Verlag R. Löwit in Wien haben ihre sämtlichen Erscheinungen der Bibliothek zur Verfügung gestellt. Aus Deutschland hat eine grosse Zahl von Gelehrten und Schriftstellern Juden und Nichtjuden ihre Werke der Bibliothek übersandt. Israel Zangwill hat seine sämtlichen Bücher mit der Verfügung übersandt, dass sie zur Erinnerung an Jacob H. Schiff aufgestellt werden. Die zion. Org. von Holland hat von den wissenschaftlichen Gesellschaften in Haarlem und Utrecht eine grosse Bücherspende erhalten, die durch die Royal Netherlands Steamboat Company unentgeltlich nach Jaffa befördert wurde.

— Der „Haaretz" vom 10. Nov. veröffentlicht an leitender Stelle einen Artikel von Glicksohn, anlässlich des 50. Geburtstages von Herbert Samuel.

— Am 7. Nov. fand im Misrachi-Zentralbüro ein Empfangsabend zu Ehren Dr. Schönfelds statt. Unter den Gästen befanden sich auch Ussischkin und Dr. Lourie, Präsident des Waad Hachinuch.

— In Jerusalem ist Markus Halpern (Mordechai Ben Jecheskel) aus Lemberg eingetroffen, der besonders bekannt ist durch seine s.Zt. im „Haschiloach" erschienenen tiefgründigen Arbeiten über das Wesen des Chassidismus.

— Der Chefredakteur und Herausgeber des „Doar Hajom", Ithamar Ben Awi, begab sich am 9. Nov. in Angelegenheiten des „Doar Hajom" nach Amerika.

— Dr Fleischner aus Prag, Spezialist für Ohren, Hals und Nasenkrankheiten, ist in Jerusalem eingetroffen und hat seine Tätigkeit im Rothschildspital aufgenommen.

— Isak Syrkin. Mitglied der Zentrale der zion. Org. in Litauen, ist in Jerusalem eingetroffen, um einen Lehrerposten in der Realschule in Haifa zu übernehmen.

Schweiz.

Basel. Anlässlich der Beratung des revidierten Sonntagsruhegesetzes für Basel, im Januar 1920, war von Grossrat Dr. Wormser der Antrag gestellt worden, eine Bestimmung aufzunehmen, die dem Regierungsrat freistellt, jüd. Firmen zu gestatten, die jüd. Angestellten am Sonntag während einiger Stunden zu beschäftigen. Nach beachtenswerter Begründung dieses Antrages in der öffentlichen Grossratsitzung durch Dr. Wormser wurde das Postulat dem Regierungsrat zur Prüfung überwiesen. Von kompetenter Seite waren die Regierungsmitglieder auf die Bedeutung des Antrages aufmerksam gemacht worden. Vor allem war es Gewerbeinspektor Dr. Strub, der für die berechtigten Wünsche der jüd. Geschäftsinhaber volles Verständnis und Entgegenkommen zeigte. Im regierungsrätlichen Bericht zur zweiten Gesetzes-Lesung, hiess es „dass dem durch die Glaubens- und Gewissensfreiheit begründeten Antrag Wormser in der vorgeschlagenen Fassung unbedenklich zugestimmt werden darf.“ Am 11. Nov. hat nun der Grosse Rat von Basel Stadt in zweiter Lesung das neue Sonntagsruhegesetz angenommen, dessen Paragraph 22 d nun lautet: „Mit amtlicher Bewilligung sind Ausnahmen von Bestimmungen des Gesetzes bis auf die Dauer eines Kalenderjahres zulässig für Bureau-Arbeiten in Geschäften, die aus religiösen Gründen ihren Betrieb an einem Werktag jede Woche ruhen lassen, mit der Einschränkung, dass nur die Beschäftigung von Angestellten der gleichen Religionsgemeinschaft bewilligt werden darf.“ Das neue Sonntagsruhegesetz tritt, falls kein Referendum ergriffen wird, am 1. Januar 1921 in Kraft. Die betreffenden Eingaben an die Behörden waren von Rechtsanwalt Dr. Markus Cohn verfasst worden.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile Fr. 1.20 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich